

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

8. Juni 2015

Afghanistan

Wenig Vertrauen in die afghanische Justiz

Nach einer Untersuchung des Institute for War and Peace Reporting (IWPR) in den Provinzen Zabul (Süden), Kunar und Nuristan (Osten) sei das Vertrauen der Bürger in die afghanische Justiz sehr gering. Insbesondere Bewohner abgelegener Ortschaften würden sich eher an die Taliban wenden als an staatliche Stellen. Als Gründe wurden Korruption, Unterbesetzung und fehlende Erreichbarkeit der staatlichen Justiz genannt. Insbesondere in unsicheren Gebieten könne keine Rechtsstaatlichkeit gewährleistet werden. Diese Ergebnisse decken sich mit den im Bundesamt vorliegenden Erkenntnissen und können auf das gesamte Land übertragen werden.

Sicherheitslage

In der vergangenen Woche ereigneten sich wieder Kampfhandlungen zwischen Aufständischen und afghanischen Sicherheitskräften sowie Anschläge auf Sicherheitskräfte, Repräsentanten des Staates und Mitarbeiter ausländischer (Hilfs-) Organisationen.

Kämpfe zwischen Aufständischen und Sicherheitskräften wurden aus den Provinzen Faryab (Norden), Bamyán (zentrales Hochland), Maidan Wardak, Logar (Zentrum), Paktika (Südosten), Uruzgan (Süden), Baghlan (Nordosten) und Badachschan (Nordosten) gemeldet.

In der östlichen Provinz Nangarhar kam es erneut zu Auseinandersetzungen zwischen Taliban und Kämpfern, die sich dem IS angeschlossen haben. Dabei wurden am 03.06.15 im Distrikt Spinghar die Häuser von zehn Taliban-Kommandanten niedergebrannt.

Weitere Anschläge, bei denen neben Polizisten auch Zivilisten getötet wurden, ereigneten sich in Sar-i-Pul (Norden) und Helmand (Süden).

Bei einem Drohnen-Angriff auf die Beerdigung eines Taliban-Kommandeurs starben in der Ortschaft Bati Thanai (Khost) am 05.06.15 mindestens 34 Personen, darunter auch Zivilisten.

Unbekannte verschleppten in Pul-i-Alam (Logar) mehrere Minenräumer der gemeinnützigen britischen Organisation Halo Trust.

Irak

Anschläge auf schiitische Kämpfer und Sicherheitskräfte

Am 02.06.15 wurden bei einem Selbstmordanschlag auf schiitische Kämpfer in dem Ort Baiji, nördlich von Bagdad, mindestens 32 Menschen getötet.

Bei einem Selbstmordanschlag am 01.06.15 auf eine Polizeistation nahe der Stadt Samarra in der Provinz Salahaddin wurden mindestens 40 irakische Soldaten getötet. Es kommt immer wieder zu Anschlägen auf Sicherheitskräfte, zu denen sich häufig der IS bekennt.

IS schließt Staudamm

Der IS hat die Tore des Staudamms in der Stadt Ramadi in der Provinz Anbar geschlossen. Dadurch sei der Stand des Euphrats gesenkt worden. Dies würde Angriffe des IS erleichtern. Darüber hinaus sei auch die Wasserzufuhr für die östlichen Gebiete Chaldija und Habbanija unterbrochen worden. Diese sollen zu den letzten noch von den irakischen Sicherheitskräften und ihren Verbündeten gehaltenen Regionen gehören.

Weiterhin wird befürchtet, dass es durch die Maßnahme in den beiden Gebieten und im Süden davon zu einer humanitären Krise kommen könne.

Strategietreffen der Anti-IS-Koalition

Bei dem Treffen zwischen der Anti-IS-Koalition und der UN sowie der EU am 02.06.15 in Paris hat die US-geführte Koalition dem Irak Unterstützung für den Plan zur Rückeroberung von Gebieten zugesagt. Der irakische Ministerpräsident Haider al-Abadi habe die militärische und politische Integration der Sunniten zugesagt. Bisher setzt die schiitisch dominierte Regierung im Kampf gegen den IS stark auf schiitische Milizen. Die Sunniten sehen sich dadurch ausgegrenzt und gefährdet.

Syrien

IS vorläufig zurückgedrängt

Der IS wurde nach heftigen Kämpfen mit den Regierungstruppen des Präsidenten Assad etwa zwei Kilometer vor die nordöstliche Stadt al-Hassakeh zurückgedrängt, nachdem die Extremisten in der vergangenen Woche ein Kraftwerk und ein Jugendgefängnis südlich der Stadt erobert hatten. Die Provinzhauptstadt ist momentan zweigeteilt: in einem Teil üben die Truppen Assads die Macht aus, im anderen die Kurdenmiliz YPG (Volksverteidigungseinheiten = bewaffneter Arm der Partei der Demokratischen Union (PYD)). Die Bedeutung der gleichnamigen Provinz im Nordosten Syriens, die überwiegend von Kurden bewohnt wird, ist für den IS groß. Sie verbindet Gebiete, die von der Miliz kontrolliert werden. Die internationale Militärallianz unter Führung der USA flog in der Nacht zum 07.06.15 vier Angriffe gegen den IS und unterstützte damit erstmals auch nicht-kurdische Kämpfer, die sich Gefechte mit den Jihadisten lieferten.

Erneuter Einsatz von Fassbomben

Human Rights Watch berichtet von Hinweisen, dass die syrische Regierung zwischen dem 16. und 31.05.15 mit Giftgas bestückte Fassbomben über der Provinz Idlib abgeworfen habe. Dabei seien sechs Menschen getötet und mehr als 200 verletzt worden. Damit hätte Syrien gegen das Chemiewaffenabkommen der Vereinten Nationen verstoßen. Am 04.06.15 warf die syrische Luftwaffe trotz scharfen internationalen Protests erneut mit Sprengstoff und Metallsplintern gefüllte Fassbomben über den Orten Hajjan und Deir Jamal in der Provinz Aleppo ab.

Iran

Auftritt der französischen Flamenco-Gruppe „Gipsy Kings“ verboten

Ein geplantes Konzert der französischen Flamenco-Gruppe „Gipsy Kings“ in Teheran ist untersagt worden. Laut der Nachrichtenagentur ISNA hatten die Musiker als erste westliche Gruppe die Erlaubnis des Kultusministeriums für ein Konzert im Iran erhalten. Die Polizei habe diese jedoch widerrufen. Dies sagte der Leiter der Musikabteilung im Kultusministerium am 01.05.15. Die „Gipsy Kings“ sind in Iran sehr beliebt und gehören zu den wenigen westlichen Popgruppen, deren CDs im Land auch legal verkauft werden dürfen. Demgegenüber wird Popmusik von der schiitischen Geistlichkeit als unislamisch bezeichnet und ist nach islamischen Vorschriften eigentlich auch verboten. Jedoch wurde besonders seit dem Amtsantritt von Präsident Hassan Rohani im August 2013 das Verbot teilweise gelockert. Bei Konzerten gibt es dennoch immer wieder Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Jemen

US-Bürger freigelassen

Ein von den Houthi-Milizen festgehaltener US-Bürger ist nach Angaben aus amerikanischen Regierungskreisen wieder freigekommen. Der „offiziell festgenommene“ Mann habe das Land mit einer weiteren Geisel aus Singapur verlassen können und halte sich nun in Oman auf. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters sollen sich noch drei weitere US-Amerikaner in der Gewalt der Houthi-Rebellen befinden.

UN fordern humanitäre Waffenruhe

In einer gemeinsamen Erklärung unterstützten die 15 Mitglieder des UN-Sicherheitsrats am 02.06.15 den Aufruf von UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon zu einer „humanitären Pause“, um die jemenitische Bevölkerung mit dringend benötigten Hilfsgütern zu beliefern. Mitte Mai 2015 wurde im Konflikt zwischen den schiitischen Houthi-Milizen und ihren Verbündeten auf der einen sowie der jemenitischen Regierung und einer Militärkoalition unter Führung Saudi-Arabiens auf der anderen Seite eine fünftägige Waffenruhe vereinbart, um Hilfslieferungen zu ermöglichen. Die Feuerpause wurde allerdings trotz internationaler Appelle nicht verlängert.

Exil-Regierung und Houthi-Rebellen nun für UN-Friedensgespräche bereit

Im jemenitischen Bürgerkrieg haben neben der Exil-Regierung nun auch die Houthi-Rebellen ihre Teilnahme an den geplanten UN-Friedensgesprächen angekündigt. Daifallah al-Shami vom Politbüro der Houthi-Rebellen sagte am 04.06.15, man werde Vertreter nach Genf schicken und ohne Vorbedingungen die Bemühungen der UN unterstützen. Bereits am 03.06.15 hatte die ins Exil vertriebene Regierung zugesagt. Die Gespräche sollen am 14.06.15 beginnen. Der UN-Sondergesandte Ismail Ould Sheikh Ahmed hatte das Treffen beider Seiten in wochenlanger Pendeldiplomatie organisiert.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

Zusammenstöße bei Protesten äthiopisch-stämmiger Juden

Bei einer Demonstration äthiopisch-stämmiger Juden gegen israelische Polizeigewalt ist es wieder zu Zusammenstößen gekommen. Zehn Demonstranten wurden nach Mitteilungen der Polizei am 03.06.15 festgenommen. Auslöser der seit Wochen andauernden Proteste ist ein Video, das einen Polizist zeigt, der einen äthiopisch-stämmigen israelischen Soldaten misshandelt. Nach Angaben des israelischen Statistikbüros leben mehr als 135.000 Juden mit äthiopischen Wurzeln in Israel. Viele von ihnen beklagen eine Benachteiligung in Beruf und Alltag sowie Übergriffe durch die Polizei.

Grenze zum Gazastreifen geschlossen

Nach einer erneuten Raketenattacke auf die Hafenstadt Ashkelon hat Israel am 07.06.15 die Grenzübergänge zum Gazastreifen bis auf Weiteres geschlossen. Die israelischen Streitkräfte teilten mit, zusätzlich würden auf Anordnung der Regierung sowohl der Personenübergang Erez als auch der Güterkontrollpunkt Kerem Shalom bis auf Weiteres geschlossen. Die Armee reagierte damit auf den dritten Beschuss aus der Palästinenserklave innerhalb von zwölf Tagen. Die Raketen schlugen allesamt in unbewohntem Gelände ein. Auf israelischer Seite wird indes angenommen, dass die jüngsten Angriffe die Folge von Rivalitäten zwischen der radikalislamistischen Hamas und salafistischen Gruppen sind, die sich an der Jihadistenmiliz IS orientieren. Darauf deuten auch Bekenner schreiben hin. Weil die Hamas das Gebiet seit 2007 kontrolliert, macht sie die israelische Armee für den Beschuss verantwortlich.

Somalia

Moderate Islamisten kämpfen gegen Regierungstruppen

Die als moderat islamistisch geltende, sufistisch geprägte Miliz Ahlu Sunna wal Jama'a (ASWJ), die seit 2008 auf Seiten der somalischen Regierung gegen die radikal-islamistische al-Shabaab kämpft, nahm am 07.06.15 nach mehrstündigen Kämpfen die bisher unter Kontrolle der somalischen Regierung stehende zentralsomalische Stadt Dhusamareb (Region Galguduud) ein. Opferzahlen sind nicht bekannt. Inzwischen soll wieder Ruhe in der Stadt eingeleitet sein. Hintergrund der Kämpfe dürfte sein, dass die Regierung die ASWJ nicht zu Verhandlungen über die Schaffung einer Regionalverwaltung für Galguduud eingeladen hat.

Mali

Tuareg-Rebellen kündigen Unterzeichnung des Friedensabkommens an

Die größte und wichtigste Tuareg-Rebellengruppe hat die Unterzeichnung eines Friedensabkommens mit der malischen Regierung zugesagt. Man werde die Übereinkunft am 20.06.15 unterschreiben, teilte ein Sprecher der Gruppierung „Koordination der Bewegung des Azawad“ (CMA) am 05.06.15 bei Verhandlungen mit UN-Vertretern in Algier mit. Die malische Regierung und mehrere andere Rebellengruppen hatten das Abkommen bereits Mitte Mai unterzeichnet. In dem Abkommen ist unter anderem eine Reform des Sicherheitssektors sowie eine umfassende Dezentralisierung der Verwaltung im Land vorgesehen.

Südsudan

Steigende Flüchtlingszahlen

Nach Angaben des UNHCR flohen aus den Bundesstaaten Unity und Upper Nile in den vergangenen beiden Monaten mehr als 100.000 Südsudanesen. Weitere 650.000 Menschen seien von Hilfslieferungen abgeschnitten. Seit Beginn des Jahres 2015 seien etwa 60.000 Südsudanesen in Nachbarländer geflohen (Sudan: 30.000, Äthiopien und Uganda je 15.000). Seit Beginn der Auseinandersetzungen im Dezember 2013 seien insgesamt ca. 555.000 Südsudanesen aus dem Land geflohen. Die Zahl der Binnenvertriebenen belaufe sich auf etwa 1,5 Millionen. Neben den Kämpfen zwischen den Rebellen um den ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar und der Regierung sei die steigende Nahrungsmittelknappheit ein weiterer Grund für die Fluchtbewegungen. Hiervon seien mehr als 3,8 Mio. Menschen (etwa ein Drittel der Bevölkerung) betroffen.

Äthiopien/Somalia

70 Tote bei Kämpfen im somalisch-äthiopischen Grenzgebiet

Bei schweren Kämpfen zwischen somalischen Clans und Einheiten der äthiopischen paramilitärischen Sonderpolizei Liyu sind im Grenzgebiet beider Länder Dutzende Menschen getötet worden. Die Sondereinheit war 2007 gebildet worden, um die separatistischen Rebellen der ONLF (Ogaden National Liberation Front) in der äthiopischen Region Ogaden zu bekämpfen. Die größtenteils von ethnischen Somali bewohnte Krisenregion gehört seit Ende des 19. Jahrhunderts zu Äthiopien, wird aber immer wieder von Somalia beansprucht.

DR Kongo

Am 02.06.15 attackierten Angehörige einer Mai-Mai-Miliz ein Depot auf dem Flughafen von Goma, der Hauptstadt der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu. Soldaten der Republikanischen Garde wehrten den Angriff ab. Bei den Gefechten wurden mindestens vier Soldaten sowie drei Angreifer getötet. Mehrere Angreifer wurden verhaftet.

Nigeria

Amnesty International wirft Nigerias Armee Kriegsverbrechen im Kampf gegen Boko Haram vor

In einem am 03.06.15 veröffentlichten Bericht wirft die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) der nigerianischen Militärführung im Kampf gegen die islamistische Terrororganisation Boko Haram Kriegsverbrechen und mögliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor. So seien seit März 2011 über 7.000 junge Männer und Kinder im Militärgewahrsam gestorben. Mehr als 1.200 Menschen seien seit Februar 2012 extralegal getötet worden. Mindestens 20.000 Personen, meist junge Männer und Kinder seien willkürlich inhaftiert worden. Die mögliche strafrechtliche Verantwortung entlang der Kommandokette reiche bis in höchste militärische Ränge.

Selbstmordanschlag in Yola mit 45 Toten

Am 04.06.15 sprengte sich in der Neustadt von Yola (Yola-Jimeta), Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Adamawa, eine Selbstmordattentäterin auf dem dortigen Hauptmarkt in die Luft. Bei dem Anschlag starben 40 Menschen, weitere 40 wurden verletzt.

Anschläge der Boko Haram im Bundesstaat Borno

Seit dem am 29.05.15 erfolgten Amtsantritt von Staatspräsident Buhari sind bei mehreren Anschlägen, die der Boko Haram zugerechnet werden, rund Hundert Menschen getötet worden.

Russische Föderation/Nordkaukasus

Menschenrechtsbüro in Tschetschenien angegriffen

Maskierte Angreifer haben in der russischen Teilrepublik Tschetschenien am Morgen des 03.06.15 das Büro von Menschenrechtsaktivisten in der Hauptstadt Grosny schwer verwüstet und diese zur Flucht gezwungen. Die Mitarbeiter des „Komitees gegen Folter“ hätten sich mit einem Sprung aus dem Fenster in Sicherheit bringen müssen. Die Polizei nahm 30 Angreifer fest.

Ein Mitarbeiter des „Komitees gegen Folter“ warf den Behörden in Grosny Untätigkeit vor. Die Organisation habe etwa eine Stunde vergeblich versucht, die Polizei und das Innenministerium telefonisch zu alarmieren. Die Gruppe gilt als eine der letzten Menschenrechtsorganisationen im ehemaligen Kriegsgebiet Tschetschenien. Erst im Dezember 2014 war ihr Büro in Grosny bei einem Brandanschlag komplett zerstört worden. Im Nordkaukasus sind Menschenrechtsaktivisten immer wieder Ziel von brutalen Attacken.

EJR Mazedonien

Einigung auf vorgezogene Neuwahlen

Nach mehreren Verhandlungsrunden ist es der EU gelungen, einen Durchbruch bei den Bemühungen um die Lösung der anhaltenden politischen Krise in Mazedonien (vgl. BN v. 11.05.15 und 18.05.15) zu erzielen. Regierung und Opposition verständigten sich jetzt auf vorgezogene Parlamentswahlen im April 2016. Ein nächstes Treffen der führenden Politiker soll in der 24. KW in Brüssel stattfinden.

Die Krise ist eine der schwersten seit der Unabhängigkeit 1991. Die Opposition, die seit über einem Jahr wegen behaupteter Wahlfälschungen das Parlament boykottiert, veröffentlichte seit Februar illegale Telefonmitschnitte. Damit sollte die tiefe Verstrickung der Regierung in Korruption und Kriminalität bewiesen werden. Im Mai war es aus immer noch ungeklärten Gründen zu schweren Kämpfen in der Stadt Kumanovo gekommen, bei denen mehr als 20 Menschen starben. Mehrere Minister traten zurück. Tausende Menschen protestierten gegen die Regierung.

Ukraine

Lage im Osten

Am 03.06.15 sind die Kämpfe im Osten der Ukraine wieder aufgeflammt. Beide Seiten machten sich gegenseitig dafür verantwortlich. Es hat sich um die heftigsten Gefechte seit Monaten im Konfliktgebiet Donbass gehandelt. Die prorussischen Separatisten in der Ostukraine hatten nach Angaben des ukrainischen Militärs einen Großangriff auf die Armee gestartet. Gekämpft wurde nahe der Kleinstadt Marjinka rund 20 Kilometer westlich der Rebellenhochburg Donezk. Die Aufständischen bestritten, eine Offensive gestartet zu haben, bestätigten aber die Kämpfe. An einem Tag kamen mindestens 24 Menschen ums Leben. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko verteidigte den Einsatz schwerer Artillerie. Nach seinen Angaben sollen derzeit 14 russische Kampfgruppen mit insgesamt mehr als 9.000 Soldaten an der Seite der Aufständischen im Donbass kämpfen. Mehr als 50.000 ukrainische Soldaten seien im Kriegsgebiet im Einsatz, sagte Poroschenko weiter. Bis zum Jahresende solle die Kampfstärke der Armee durch Einberufungen auf insgesamt 250.000 Soldaten erhöht werden.

Bei der Explosion eines Bootes der ukrainischen Küstenwache am 07.06.15 nahe der umkämpften Hafenstadt Mariupol sind nach Angaben des ukrainischen Militärs zwei Soldaten verletzt worden. Das Schicksal von fünf weiteren Soldaten an Bord sei noch unklar. Die Ursache für die Explosion stehe noch

nicht fest. Die strategisch wichtige Hafenstadt Mariupol liegt am Asowschen Meer. Sie ist die letzte von der ukrainischen Staatsführung kontrollierte Großstadt in den von den Separatisten beanspruchten Gebieten im Osten des Landes. Die Stadt liegt auf dem Landweg in Richtung der im März vergangenen Jahres von Russland annektierten ukrainischen Schwarzmeerhalbinsel Krim. Nahe des etwa zehn Kilometer von Mariupol entfernten Dorfes Schirokine gibt es immer wieder Gefechte.

Türkei

AKP verliert absolute Mehrheit / prokurdische HDP zieht ins Parlament ein

Für den türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdoğan ist das Ziel eines Präsidialsystems mit der Parlamentswahl am 07.06.15 in weite Ferne gerückt. Nach mehr als zwölf Jahren einer Alleinregierung verlor seine islamisch-konservative Partei AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi / Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung / konservativ-demokratisch) die absolute Mehrheit. Laut dem offiziellen Endergebnis erreichte die AKP nur 40,7% der Stimmen und muss damit eine Koalition bilden. Die Kurdenpartei HDP (Halkların Demokratik Partisi / Demokratische Partei der Völker: befürwortet Minderheitenrechte, insbesondere für die türkisch-kurdische Minderheit) schaffte es mit 13% der Wählerstimmen ins Parlament. Der Anteil der AKP im neuen Parlament liegt nach Auszählung von 99,9 % der Stimmen bei 258 Sitzen. Das sind 18 Mandate weniger, als zur Fortsetzung der Alleinregierung nötig gewesen wären. Bei der Wahl im Jahre 2011 hatte die AKP fast 50% der Stimmen und damit 328 Mandate erreicht. Die Kurdenpartei HDP schaffte nun den Sprung über die 10% -Hürde und darf jetzt 79 Abgeordnete ins Parlament in Ankara schicken.

Indien

20 Soldaten bei Rebellenangriff im Nordosten getötet

Bei einem Angriff einer militanten Gruppe im Nordosten Indiens (Bundesstaat Manipur) sind am 04.06.15 mindestens 20 Soldaten getötet worden. Weitere zwölf Soldaten wurden bei dem Überfall auf einen Militärkonvoi schwer verletzt. Der Angriff gilt als einer der folgenschwersten seit Jahren. Er ereignete sich in einem abgelegenen Gebiet im Distrikt Chandel, etwa 120 Kilometer südwestlich von Imphal, der Hauptstadt des Bundesstaats. In Manipur sind etwa 20 militante Gruppen aktiv, die mehr Autonomie fordern.

Pakistan

Mutmaßliche Malala-Attentäter frei

Acht der zehn Taliban, die des Attentats auf die Kinderrechtsaktivisten Malala Yousafzai beschuldigt wurden und nach Angaben der pakistanischen Justiz vom April 2015 lebenslange Haftstrafen erhielten, sollen nach Angaben der britischen Zeitung „Daily Mirror“ in Wahrheit nicht verurteilt, sondern heimlich freigelassen worden sein. Unter ihnen soll sich auch der mutmaßliche Anführer des Anschlags befinden. Die diplomatische Vertretung Pakistans in Großbritannien soll bestätigt haben, dass die Taliban aus Mangel an Beweisen freigesprochen worden seien.